

Sozialpolitik nicht den Bremsern überlassen

„Politkrimi“ oder „politisches Schmierentheater“, das waren etwa Ausdrücke, mit denen die parlamentarische Behandlung des flexiblen Altersrücktrittes für das Bundespersonal charakterisiert wurde. Nun, spannend wie ein Krimi war's alleweil, geschmiert wurde auch. Schliesslich setzten sich die Gewerkschaften durch, ihre Vertreter im Nationalrat führten jene fortschrittlichen Kreise an, die sich zu einer genehmigenden Mehrheit zusammenfanden.

Bremser mit Methode

Schwamm darüber, weils gelungen ist? Nein, denn genau nach diesem Strickmuster, mit dem die Pensionskassenvorlage sabotiert werden sollte, genau nach diesem Muster versuchen rechtsbürgerliche Kreise seit Jahren jeden sozialpolitischen Fortschritt abzuwürgen. Da sozialpolitische Fragen in Zukunft neben dem Umweltschutz wieder vermehrt im Mittelpunkt stehen werden, lohnt es sich, dieses Lehrstück etwas genauer anzusehen. Es wurde mit Methode verzögert. Das fing bereits in den Jahren 1985 und 1986 an den Seminarien der Finanzkommission der eidgenössischen Räte an, die trotz ausführlicher, transparenter und gründlicher Berechnungen der Verwaltungsexperten einen eigenen Gutachter zuzogen. Das ging weiter in den vorberatenden Kommissionen beider Räte, die zusätzliche Unterlagen usw. verlangten. Kein Trick war zu mies, um ihn nicht zu versuchen, selber derjenige, einfach keine Daten für die Kommissionssitzung frei zu haben. Alles immer mit dem Ziel, den sozialen Fortschritt für das Bundespersonal zu bremsen. Während der ganzen Dauer der parlamentarischen Beratung wurden immer wieder die gleichen, längst beantworteten Fragen gestellt oder Probleme aufgeworfen, die mit der Vorlage nichts zu tun haben. Und so weiter und so fort. Schliesslich sorgten Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit Stichentscheiden dafür, dass der flexible Altersrücktritt wenigstens behandelt werden konnte.

Probleme lösen, nicht verträdeln Diese Verzögerungstaktik hat für die notorischen Bremser noch einen Vorteil: Sie brauchen nicht Nein zu sagen, nicht Farbe zu bekennen. Sie wollen nur das Beste, und das muss gründlich und nochmals und wieder geprüft werden. So können wir aber die sozialpolitischen Probleme der Zukunft nicht lösen. In der nächsten Legislaturperiode muss die 10. AHV-Revision endlich behandelt werden. Die Initiative des Gewerkschaftsbundes und der Krankenkassen zwingen das Parlament zu Auseinandersetzungen mit der maroden Krankenversicherung. Das Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) - es wurde von den Bremsern nicht nur verzögert, sondern zum Missgebilde verunstaltet - muss revidiert werden. Eine Teilrevision der Arbeitslosenversicherung steht vor der Tür.

Diese wichtigsten Fragen dürfen wir im Parlament nicht den Bremsern vom Dienst überlassen. Deshalb müssen wir die Vertretung der Arbeitnehmer in den eidgenössischen Räten stärken. Das öffentliche Personal und die übrigen Arbeitnehmer brauchen Parlamentarier. die Sozialpolitik als Auftrag zu einem würdigen Leben im Beruf, im Alter. bei Krankheit. bei Unfall. als Witwe. Witwer oder Waise verstehen. Die Gesetzgebung über die Sozialversicherungen muss von Leuten geprägt werden, die das Netz sozialer Sicherheit nicht als Almosen verstehen, sondern auf die allgemeine Notwendigkeiten und breiten Bedürfnisse ausrichten. Wir dürfen diese Politik nicht jenen überlassen, die dabei nur die Kosten, nie aber den Nutzen sehen.

Wir wissen, was wir wollen!

Wir Gewerkschafter wissen, was wir wollen! Wir haben klare und realistische Konzepte vorgelegt zur 10. AHV-Revision, zum BVG, zur Krankenversicherung. Wir wollen eine 10. AHV-Revision, die eine Gleichstellung von Mann und Frau bringt mit einer Flexibilisierung des Rentenalters. Wir unterbreiteten Vorschläge, um die schlimmsten Schwächen im BVG auszumerzen. Und wir haben eine Krankenversicherung vorgeschlagen, welche die Kostenexplosion im Gesundheitswesen bremst und die Hauptlast der Prämien nicht mehr den Familien auferlegt. Alle diese guten Konzepte können wir aber nur durchsetzen, wenn uns die Wählerinnen und Wähler die nötige Kraft - das heisst Stimmkraft im Parlament - dazu geben. Sonst bleiben eben die Bremser die Sieger.

Das öffentliche Personal darf ruhig etwas egoistisch denken. Wie die Besoldungsvorlage für das Bundespersonal im nächsten Jahr nach der parlamentarischen . Beratung aussieht, wird zum Beispiel weitgehend von der Stärke seiner Vertretung in den Räten bestimmt!

Um die Bremser zu bremsen, um im Parlament fortschrittliche Lösungen zu ermöglichen, dazu brauchen wir mehr Gewerkschafter im Parlament. Um dem Bundespersonal gerechte

Arbeitsbedingungen und Anstellungsverhältnisse zu geben, dazu muss es in den eidgenössischen Räten gut vertreten sein. Wir haben unser künftiges Los in der Hand, bestimmen wir es mit. Kolleginnen und Kollegen, wählt Eure Vertrauensleute ins Parlament.

Georges Eggenberger.

„Bremst die Bremser, stärkt die fortschrittlichen Kreise! Dies muss bei den Nationalratswahlen besonders für die Sozialpolitik gelten. Mehr Gewerkschafter ins Parlament, heisst die Devise“. Georges Eggenberger ist Generalsekretär der PTT-Union und Präsident des Föderativverbandes. Er kandidiert bei den Nationalratswahlen im Kanton Bern auf der Liste „Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, Männer“ (Liste Nr. 5). Mit Foto.

OeD, 9.10.1987.

Personen > Eggenberger Georges. Nationalratswahlen 1987. OeD, 1987-10-09